

blick nach

rechts

antifaschistische, politische
und bildungsorientierte
berlin e.v. (apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin
fon | fax: 030 . 611 62 49
mail@apabiz.de | www.apabiz.de

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 19. Jahrgang, Nr. 11, 30. Mai 2002

Einblicke

Den Trend stoppen

Von Gerhard Schröder

Im zusammenwachsenden Europa erstarkt der Rechtsradikalismus. Das muss uns besorgt machen. Denn dieser erstarkende Rechtsradikalismus hat etwas mit einer konkreten Angst der Menschen zu tun, die empfunden aber auch teilweise unverantwortlich geschürt wird. Angst inmitten eines Veränderungsprozesses, den manche nicht immer verstehen und den sie manchmal nicht bewältigen können. Mit dem Begriff der Globalisierung ist er nur abstrakt beschrieben. Es ist wohl auch eine Angst, allein gelassen zu werden. Es ist eine Angst, Heimat und Rechte zu verlieren und sozial deklariert zu werden.

Wie schon wiederholt in der Geschichte wird in solchen Phasen Zuflucht in alte, leicht eingängige, nur scheinbar taugliche Rezepte, gesucht. Wir erleben das in vielen Ländern Europas. Es begann in Österreich und hat sich in Norwegen, Dänemark, Italien, Frankreich, Belgien und in den Niederlanden fortgesetzt. Man meint, die Ängste durch Abschottung, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus überwinden zu können. Und in Europa bedeutet das konkret: Zuflucht zur Renationalisierung.

Vor diesem Hintergrund spielt sich der Wahlkampf in Deutschland ab. Es gibt viele, die sagen: Deutschland muss ein Bollwerk gegen Renationalisierung in Europa bleiben. Das ist richtig. Wir lassen nicht zu, dass dieses Europa rechten Populisten in die Hände fällt. Wir wollen ein soziales und gerechtes, ein wirtschaftsstarkes und offenes Europa behalten und ausbauen. Wir wollen kein Europa der dumpfen Parolen, das sich aus Feindseligkeit gegenüber dem vermeintlich Fremden definiert. Wenn wir uns abschotten, dann tun wir dies gegenüber dem Rechtsextremismus und gegenüber Antisemiten. Aus historischen und aktuellen Gründen darf es in Deutschland weder offenen noch verkappten Antisemitismus geben. Alle diese Tendenzen, die sich in Europa auszubreiten beginnen, müssen wir energisch und gemeinsam bekämpfen.

Kampagne gegen Linke

Das neonazistische Spektrum schlachtet das Attentat auf den Niederländer Pim Fortuyn propagandistisch aus.

Seite 2 ■

Faible für NS-Ästhetik

Auf dem Wave-Gotik-Treffen in Leipzig waren wieder zahlreiche extrem rechte Gruppen präsent.

Seite 3 ■

Die Täter ermutigt

Der Prozess vor dem Landgericht Schwerin wegen versuchten Mordes an 100 Vietnamesen wurde zehn Jahre verschleppt.

Seite 4 ■

Le Pen als „Störfaktor“

Beim zweiten Durchgang der französischen Parlamentswahlen kann die extreme Rechte Zünglein an der Waage spielen.

Seite 10 ■

Gedenken an die Opfer

Die Deportation der ungarischen Juden soll in einem Holocaust-Memorial dokumentiert werden.

Seite 11 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöff
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Aktivitäten

Mord als Konzept

Das rechtsextreme Spektrum instrumentalisiert die Ermordung Pim Fortuyns. In widerwärtiger Diktion rechtfertigen Neonazis teilweise das Attentat.

Deutsche Rechtsextremisten hoffen, trotz aller – gravierenden – Unterschiede von den Erfolgen rechtspopulistischer Bewegungen in Europa profitieren zu können. Hardcore-Neonazis hingegen erteilen Versuchen, sich an solchen Bewegungen orientieren zu wollen, eine schroffe Abfuhr.

Zu denen, die sich in eine Reihe mit erfolgreichen Populisten stellen wollen, gehören die rechtsextremen Parteien. Pim Fortuyn war gerade ermordet worden, als Republikaner-Chef Rolf Schlierer wusste: „Mit Fortuyn sollte eine unbequeme politische Meinung getroffen werden.“ Unausgesprochen blieb, dass sich die Republikaner genau als solche „unbequeme“ Politiker sehen wollen. Für die NPD handelte es sich bei Fortuyn um den „charismatischen Führer der nationalen Kräfte in Holland“ – auch da blieb unausgesprochen, dass die NPD selbst gerne die Führung der „nationalen Kräfte“ – allerdings in Deutschland – inne hätte. Die DVU ließ wissen, der Erfolg von Fortuyns Bewegung hänge „hauptsächlich mit deren Aussagen zur Überfremdung zusammen“ – bevorzugtes Element auch der Frey-Propaganda. Die DVU machte auch die Hoffnung deutlich, die in Rechtsaußen-Kreisen gehegt wird: Das Erstarken von Kräften in anderen Staaten, „die für die Verteidigung der eigenen Identität stehen“, werde sich „auch auf Deutschland auswirken. Auf die Dauer lässt sich das Schreckgespenst nicht mehr ins Feld führen, ‘das Ausland’ werde böse, wenn die Bundesdeutschen kräftige rechte Fraktionen in die Parlamente wählen – wo doch ‘das Ausland’ selber in immer stärkerem Maße ‘rechtsradikal’, ‘rechtsextrem’, ‘rechtspopulistisch’ votiert“.

Viele – aber nicht alle – parteifernen Kameraden nutzten den Mord, um ihre Anti-Antifa-Kampagne zu stützen. Nicht nur in der Bundesrepublik werde „systematisch durch Massemedien und Politiker der Boden für solche Antifa-Verbrechen bereitet“ (Fehler im Original), ließ das „Aktionsbüro Norddeutschland“ verbreiten. Und weiter: „Staatliche Hetzkampagnen machen nationale Menschen zu

Freiwill für Kriminelle jeder Art.“ Das Aktionsbüro rührte die Werbetrommel für einen Protestmarsch unter dem Motto „Antifa verbieten“ am 18. Mai in Harderwijk, dem Wohnort des mutmaßlichen Attentäters. Veranstalter war ein Komitee Kusters/Malcoci. Der Niederländer Constant Kusters ist Vorsitzender, der in Limburg lebende Deutsche Christian Malcoci Parteisekretär der Nederlandse Volks-Unie (NVU), einer holländischen Gruppierung mit kräftigen deutschen Einsprengeln.

Dass es schwierig werden würde, die „freien Nationalisten“ für eine Demonstration, die – wenn auch indirekt – doch auch positiv auf Fortuyn Bezug nehmen würde, auf die Straße zu bringen, war klar. „Fortuyn war keiner von uns“, betonte das NIT Rheinland. Aber dennoch sei der Mord an ihm „ein Angriff auf den nationalen Freiheitskampf in Europa“. Auch Malcoci wusste um die Vorbehalte: „Nach dem Tod von Fortuyn geht es nicht mehr um politische Differenzen und Kritik an seiner Partei oder Lebensführung. Es geht einzig und allein darum, dass er es erfolgreich gewagt hat, nationale und soziale Missstände anzuprangern und deswegen von einem linksextremen Terroristen ermordet wurde.“ Überzeugend wirkte das offenbar nicht: Gerade einmal 60 Neonazis – zur Hälfte Niederländer, zur Hälfte Deutsche – waren es schließlich, die unter holländischen und schwarz-weiß-roten Fahnen demonstrierend durch ein Industriegebiet von Harderwijk zogen.

Nicht alle Kameraden aus dem Umfeld der NVU mochten dabei sein. „Beim letzten Parteitreffen war der NVU-Anführer absolut gegen Fortuyn“, schrieb in einem holländischen Internet-Forum ein sich „WAW“ (Weißer arischer Widerstand) nennender User, hinter dem man einen deutschen Neonazi vermuten darf. In einem deutschen Forum legte „waw“ – diesmal in Kleinbuchstaben, aber vermutlich immer noch derselbe – nach: „Fortuyn war ein bekennender Schwuler, eine Demokroete, ein absoluter Kapitalist, ein Judenfreund, weder Rassist noch Nationalist.“ Statt seinen Tod zum Anlass für eine Demonstration zu nehmen, empfahl er: „Die niederländischen Kameraden sollten feiern, dass dieses Subjekt nun tot ist.“ Diesmal unter dem Namen „Intifada88“ nannte vermutlich immer noch derselbe Autor die Schüsse auf Fortuyn eine „brillianten Werwolfaktion. Einen homosexuellen, niggerfreundlichen Judenfreund/knecht zu killen, kann man als Schutz unserer Rasse qualifizieren!“ Mord gehört für diesen Teil der Szene zum Konzept.

Tomas Sager

Hintergrund**Fans der NS-Ästhetik**

Auf dem diesjährigen Wave-Gotik-Treffen in Leipzig waren wieder zahlreiche extrem rechten Gruppen vertreten.

Für die Band „Mila Mar“, seit drei Jahren Gast beim Leipziger Wave-Gotik-Treffen zu Pfingsten, war die diesjährige Veranstaltung Anlass für eine Klarstellung ihrer eigenen Positionen und zugleich für eine Distanzierung. „Der vermeintlich ‘spielerische Umgang’ mit der ... Ästhetik des 3. Reiches, wie er unverkennbar bei einigen Bands im Umfeld der ‘schwarzen Szene’ zu finden ist ... ekelt uns an, weil die Realität und Konsequenz faschistischer Ideologien hier vollkommen ausgeblendet wird“, heißt es in der Erklärung. „Dass ein Festival der ‘schwarzen Szene’ wie das Wave-Gothic-Treffen faschistisch orientierten Bands und solchen, die sich im Umfeld rechtsradikaler und faschistischer Gruppierungen aufhalten, vor dem Hintergrund künstlerischer Freiheit ein Forum bietet, ist keine Nebensächlichkeit, sondern ein Zeichen von Ignoranz und falsch verstandener Toleranz“, so das Fazit.

„Mila Mars“ kritische Sicht des beliebten Festivals, das Pfingsten rund 17 000 schwarz gewandete und oftmals malerisch ausgestaffte Fans, die so genannten Grufties, in die Messestadt lockte, wurde bereits im Vorfeld von der „Leipziger Volkszeitung“ bis hin zu den Bremer Grufties gegen rechts geteilt. Peter Matzke, Sprecher des Festivals, wiegelte ab. Der Anteil rechtsextremer Besucher sei sehr gering, sagte er. Teilnehmer erklärten dagegen, dass Szeneangehörige fernblieben, da sie die anhaltende Präsenz von Bands mit rechtsextremer Ästhetik oder entsprechenden Inhalten nicht hinnehmen wollten. Auch Bürgermeister Holger Tschense beschönigt. Rechtsextreme Bands seien untypisch fürs Treffen und sollten nicht aufgebauscht werden.

Die Mahnung, nichts aufzubauschen, hatte Stephan Pockrandt, Chef von Szene-Verlag und Label Eis + Licht, überhört. Eher harmlose Rangeleien nach Konzerten von Bands, denen Rechtslastigkeit vorgeworfen wird, gerieten bei ihm zu „gewalttätigen Übergriffen von linken Autonomen“. „Die Augen und Gesichter sprechen Bände, sie sind voll blindem Hass“, schildert er. Die Bilanz der angeblichen Gewaltorgie liest sich nüchterner: ein Verletzter musste ambulant behandelt werden. Wichtiger ist

Pockrandt die Schuldzuweisung. Diese erfolgt gegen Kritiker wie die „Grufties gegen rechts“ und andere „geistige Brandstifter“, denn „endlich geht die Saat auf, die man seit Jahren heranzüchtet“.

Pockrandt, nach der Methode „Haltet den Dieb!“ agierend, steht selbst seit Jahren im Kreuzfeuer der Kritik. Die von ihm maßgeblich geprägte Zeitschrift „Sigill“, heute umbenannt in Zinnober, hat wesentlich daran mitgewirkt, rechte Inhalte in der Darkwave-Szene zu verankern, diejenigen Bands durch Interviews, Artikel und positive Besprechungen zu fördern, die, so Szene-Kenner, besonders stark für eine faschistische Ästhetik stehen. Einige von ihnen hat er inzwischen für sein Label Eis + Licht gewonnen. Von ihm verlegte Bands wie „Forseti“ oder „Sonne Hagal“ spielten auch beim diesjährigen Festival in Leipzig. Er selbst war mit einem Stand vertreten, den er sich einträchtig mit der Loki Foundation (Leipzig) teilte.

■ Bei Konzert den Hitler-Gruß gezeigt ■

Auch dieses Label, dem ein Mailorderdienst angeschlossen ist, hat Bands unter Vertrag, denen Nähe zur extremen Rechten nachgesagt wird. Dazu gehört neben „Turbund Sturmwerk“, die sich selbst bereitwillig in die Tradition des völkischen Schriftstellers Franz Schauwecker mit seiner kriegsverherrlichenden Ästhetik stellen, auch Gruppen wie „Darkwood“ (Leipzig, CD-Titel: „Heimat & Jugend“), die ebenfalls ihren Auftritt in der Messestadt hatten. Von einer Distanz zur extremen Rechten kann erst recht keine Rede mehr sein, wenn der Verlag VAWS des notorischen Rechtsextremisten Werner Symanek aus dem Umfeld der Unabhängigen Freundeskreise wiederum einen Verkaufsstand auf dem Festivalgelände betreiben durfte. Symanek versucht bereits seit einigen Jahren, die Faszination eines Teils der schwarzen Szene für NS-Ästhetik zu nutzen, um ihm auch die Inhalte der extremen Rechten nahe zu bringen. Die Veröffentlichung einschlägiger Werke zu Ehren Leni Riefenstahls oder des Nazi-Bildhauers Josef Thorak sind Ausdruck dieser Strategie.

Eng arbeitet Symanek mit dem Musiker Josef Klumb (Jay Kay) zusammen, dessen Interview in der „Jungen Freiheit“ erstmals eine breitere Öffentlichkeit auf die Verbindungen zwischen Teilen der Grufties und der extremen Rechten aufmerksam machte. Klumb war damals Kopf der Szene-Band „Forthcoming Fire“. Sein aktuelles Projekt

„Von Thronstahl“ durfte im vergangenen Jahr beim Festival in Leipzig als Folge einer öffentlichen Auseinandersetzung nicht auftreten. Inzwischen arbeitet er für das rechtsextreme Magazin „Opposition“ und zeichnet verantwortlich für eine aufwendig gestaltete Doppel-CD zu Ehren des rumänischen Faschistenführers Corneliu Codreanu.

Codreanu ist die Personifizierung einer Verknüpfung faschistischer Inhalte mit einer grundlegenden Esoterik. Sein Tod durch Erschießen auf der Flucht spricht zugleich die Todesverliebtheit und -sehnsucht vieler Grafties an. Dass der Wiener Evola-Exeget Martin Schwarz einen Text zum Booklet der Codreanu-CD beisteuerte, ist kein Zufall, akzeptierte doch der italienische traditionalistische Philosoph Julius Evola Codreanu als einzigen der faschistischen Führer vollständig. Auf der Zusammenstellung vertreten sind eine Reihe einschlägig bekannter Bands. Einige davon, so „Belborn“ und „Darkwood“, spielten auch in Leipzig.

Es ist ebenso verfehlt wie beschönigend, wenn Festival-Sprecher Matzke behauptet, die Szene sei lediglich in „Verruf“ geraten“, „von Rechts unterwandert zu werden. Statt von einer Unterwanderung muss nach internen Ursachen gesucht werden. Besonders bei der Stilrichtung Neofolk ist eine starke Ansprechbarkeit und Faszination unübersehbar. Ein Blick auf einige Veranstaltungsorte, so das Haus Leipzig, bestätigt diesen Eindruck. Eine Kulturkritik, die direkt den Den kern der Konservativen Revolution entliehen schien, paarte sich mit einem Outfit, welches das Wohlgefallen von HJ- oder BDM-Führern gefunden hätte. Die blonden Zöpfe der Frauen wurden ergänzt durch den wadenlangen Trachtenrock, passend zur weißen Bluse. Kurze, scharfgescheitelte Haare der Männer zu Schaftstiefeln und Tarnjacken. Das Kokettieren mit NS-Assescoires war nur folgerichtig.

Angelo Bergamini, Kopf der italienischen Kultband „Kirlian Camera“, ist vorsichtiger geworden. In der Vergangenheit war dem bekennenden Verehrer Codreanus immer wieder zum Vorwurf gemacht worden, dass er bei einem Konzert den Hitler-Gruß gezeigt hatte. In Leipzig war er mit „Kirlian Camera“ wie auch mit seinem zweiten Projekt „Stalingrad“ vertreten. Auch diesmal grüßte er mit emporgerecktem rechten Arm ins Publikum. Die Finger waren allerdings vorsichtshalber weit gespreizt. Die betreffenden Künstler wissen eben, dass sie beobachtet werden. Das diesjährige Wave-Gotik-Treffen ist kein Anlass zur Entwarnung. *Jean Cremet*

Hintergrund

Das „Fanal“

Der Prozess wegen versuchten Mordes an über 100 Vietnamesen wurde zehn Jahre verschleppt. Die Angeklagten rechnen mit Freisprüchen.

Am 3. Juni sollen vor dem Schweriner Landgericht die Plädoyers im letzten Prozess um die rassistischen Pogromnächte von Rostock-Lichtenhagen gehalten werden. Die Anklage wirft drei Schweriner Rechten unter anderem versuchten Mord, schwere Brandstiftung sowie Landfriedensbruch vor. Schon vor dem Ende des Prozesses halten Beobachter das Verfahren für einen weiteren Baustein in der skandalösen Chronik des politischen und juristischen Umgangs mit den dreitägigen Angriffen gegen die damalige Zentrale Aufnahme stelle für Asylbewerber (ZaSt) und das Wohnheim vietnamesischer Vertragsarbeiter Ende August 1992.

Zur Erinnerung: Am Abend des 24. August 1992 setzten Angreifer aus einer Menge von mehreren hundert Naziskins und einigen tausend Beifall klatschenden Anwohnern das so genannte Sonnenblumenhaus in Rostock-Lichtenhagen in Brand. In dem Haus befanden sich zu diesem Zeitpunkt rund 150 Menschen: Größtenteils vietnamesische Vertragsarbeiter/innen und ihre Familien, eine Handvoll deutsche Unterstützer/innen, der Rostocker Ausländerbeauftragte Wolfgang Richter, ein Kamera-Team des ZDF sowie einige Wachschutzangehörige und Personal der ZaSt. Nachdem die Polizei schon in den ersten zwei Tagen der Angriffe nur äußerst unentschlossen gegen die ständig wachsende Menge vor dem Sonnenblumenhaus vorgegangen war, zog sie sich am Abend des 24. August für knapp zwei Stunden komplett von dem Haus zurück. Sie überließ damit den Angreifern das Feld und versagte der Feuerwehr den notwendigen Schutz für Löscharbeiten. Dieser Rückzug sei ein „Missverständnis“ seiner Untergebenen gewesen, beteuert der damalige Polizeieinsatzleiter Jürgen Deckert auch jetzt noch. Mit beinahe tödlichen Folgen: Nur durch Zufall gelang es den im brennenden Haus Eingeschlossenen, eine Dachluke zu öffnen und in ein Nachbarhaus zu flüchten.

Die Laissez-Faire Haltung nicht nur der Sicherheitsbehörden gegenüber den Angreifern wurde in der Neonaziszene als „Fanal“ und „Sieg“ aufge-

fasst. In den Wochen und Monaten nach den Brandnächten von Lichtenhagen eskalierte in ganz Deutschland die Gewalt gegen Asylsuchende und Migranten. Im November 1992 starben bei einem Brandanschlag auf ein von türkischen Migranten bewohntes Haus drei Menschen. Noch heute ist Rechtsanwalt Christian Ströbele, der damals die Nebenklage vertrat, davon überzeugt, dass ihr Tod unter Umständen hätte verhindert werden können, wenn die Polizei in Rostock-Lichtenhagen konsequenter gegen die Täter vorgegangen wäre. Lediglich drei Dutzend Verurteilungen – zumeist wegen Landfriedensbruchs – und ein einziger Prozess wegen schwerer Brandstiftung ist das Ergebnis des juristischen Nachspiels bis 1995. Kaum anders verlief die parlamentarische Aufarbeitung. Ein Untersuchungsausschuss des Schweriner Landtages ließ einen Großteil der politisch Verantwortlichen aufgrund massiver Behinderungen durch die damals in Mecklenburg-Vorpommern regierende CDU ungeschoren davon kommen.

■ Dabei als „drei Kanaken brannten“ ■

Trotzdem verwundert es, dass der zuständige Richter beim Schweriner Landgericht, Horst Heydorn, die seit 1995 fertige Anklage gegen Andre Bohs (heute 28), Ronny Sanne (heute 27) und Enrico Palletschek (heute 28) sowie Sven Müller (heute 28) noch einmal knapp sieben Jahre lang unbearbeitet auf seinem Schreibtisch liegen ließ. Heydorn hatte schon im September 1992 die von der Staatsanwaltschaft gegen die Angeklagten beantragten Haftbefehle mit der Begründung, das seien „bodenständige Jungs, bei denen keine Fluchtgefahr“ bestände, aufgehoben. Die lange Verzögerung zeigte Wirkung: So wurde das Verfahren gegen Sven Müller, dem lediglich Landfriedensbruch vorgeworfen wurde, eine Woche vor Prozessbeginn im November 2001 wegen Verjährung eingestellt. Übrig blieben drei ehemalige Angehörige einer Schweriner Naziskin-Clique, deren Angehörige unter anderem Kontakte zur NPD hatten, und die auch nach den Lichtenhagener Brandnächten ungehindert weiter zuschlugen – wie die langen, einschlägigen Vorstrafenregister der Angeklagten unter Beweis stellen. Vor Gericht räumten Sanne, Bohs und Palletschek dann zwar ein, gemeinsam mit anderen in jener Nacht des 24. August 1992 vor dem Sonnenblumenhaus gewesen zu sein, „weil es gegen Ausländer ging“. Doch Brandsätze will keiner von ihnen geworfen haben. Sogar Entschuldigungen an die Nebenkläger Wolfgang Richter und

Nguyen Do Thinh, die in jener Nacht nur knapp den Flammen entkamen, rangen sich zwei der Angeklagten ab. Zweifel an der Glaubwürdigkeit dieser Statements sind angebracht.

■ Täter fühlen sich ermutigt ■

Seit April 2002 sitzt Andre Bohs in Untersuchungshaft, weil er in einer Schweriner Diskothek einen jungen Mann durch einen Faustschlag ins Gesicht schwerste Kopfverletzungen zugefügt haben und sich zuvor gegenüber einer Zeugin mit den Worten, er sei in Lichtenhagen dabei gewesen, als „drei Kanaken brannten“, das sei eine „tolle Sache gewesen“ und die Staatsanwaltschaft sei „zu doof“, um ihn dafür zu belangen, gebrüstet haben soll. Sein Mitangeklagter Ronny Sanne wird schon seit Prozessbeginn in Handschellen ins Landgericht gebracht, weil er derzeit noch eine mehrjährige Haftstrafe für Körperverletzungsdelikte absitzt.

Angesichts von offensichtlich eingeschüchterten oder erinnerungsunwilligen Zeugen sowie unvollständigen und verschollenen Filmaufnahmen vom Abend des 24. August 1992 gestaltete sich die Beweisaufnahme schwierig. In den vergangenen sechs Monaten erwies sie sich für die Staatsanwaltschaft und die Nebenkläger als die sprichwörtliche Suche nach der Stecknadel im Heuhaufen. Hinzu kam ein offensichtliches Desinteresse des Vorsitzenden Richters, offene Fragen, wie beispielsweise nach den Informationen der Sicherheitsbehörden über Mobilisierungen innerhalb der Neonaziszene im Vorfeld von Lichtenhagen, durch von der Nebenklage beantragte Zeugen zu hören. Trotzdem ist es das Verdienst der Nebenkläger, die Öffentlichkeit kurz vor dem zehnten Jahrestag des Pogroms daran erinnert zu haben, dass wesentliche Fragen noch heute unbeantwortet sind: Weder sind die Gründe für den unvermittelten Abzug der Polizeihundertschaften vor dem Heim bislang dargelegt worden, noch wurde geklärt, welche Anweisungen der damalige CDU-Bundesinnenminister Rudolf Seiters gab, als er wenige Stunden vor dem Brand mit den Einsatzleitern in Rostock konferierte. Die Selbstsicherheit, mit der die Angeklagten vor dem Landgericht von Freisprüchen ausgehen, verwundert zumindestens die Vertreter der Nebenklage nicht. „Wenn man einen Prozess wegen versuchten Mordes an über 100 Vietnamesen zehn Jahre verschleppt, müssen sich die Täter ermutigt fühlen“, sagt der Berliner Rechtsanwalt Martin Poell.

Heike Kleffner

Verfassungsschutz**Glatzen-Szene wächst**

Sachsen-Anhalts Verfassungsschutz registriert zunehmende Kontakte zwischen Skinheads und Neonazis.

Im Gegensatz zum Vorjahr ist in Sachsen-Anhalt die Zahl gewaltbereiter Rechtsextremisten im Jahr 2001 wieder angestiegen. Nach gleichbleibend rund 700 Szeneangehörigen in den Jahren 1999 und 2000 registrierten die Verfassungsschützer des Landes im vergangenen Jahr einen Anstieg auf 750. Dabei handelt es sich in erster Linie um subkulturell geprägte Jugendliche und junge Erwachsene im Rahmen der Skinhead-Szene ohne allzu stark ausgeprägten ideologischen Hintergrund, aber mit einem hohen Aggressions- und Gewaltpotenzial. Das Potenzial von Personen mit ideologisch geprägtem neonazistischen Hintergrund ist dagegen in Sachsen-Anhalt entgegen dem Bundestrend weitgehend konstant geblieben. Ein großer Teil der Neonazi-Szene arbeitet dabei eng mit der NPD zusammen, nicht unbedeutende Teile der Szene fühlen sich aber eher dem im vergangenen Jahr aus der NPD ausgeschlossenen Neonazi Steffen Hupka zugehörig.

Die meisten Straf- und Gewalttaten des rechtsextremen und neonazistischen Spektrums gehen nach wie vor von der Skinhead-Szene aus, heißt es im kürzlich vorgestellten Verfassungsschutzbericht des Landes für das vergangene Jahr. Abgesehen von wenigen, in ihrer Struktur fest gefügten Kameradschaften, in denen sich bereits „wenn auch noch weitgehend informell“ bestimmte Hierarchien auszubilden beginnen, ist die Skinhead-Szene weiterhin durch eine hohe organisatorische Unverbindlichkeit und anhaltende Fluktuation gekennzeichnet. Allerdings beobachten die Verfassungsschützer zunehmend punktuelle Verbindungen zwischen Teilen der Skinhead-Bewegung, den Kameradschaften sowie freien Nationalisten einerseits und dem neonazistischen Lager sowie der NPD und deren Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten andererseits. So werden Skinheads und freie Nationalisten etwa immer wieder auch bei Veranstaltungen der organisierten Neonazi-Szene als Ordner eingesetzt. Beispielhaft mag hier die Organisation „SelbstSchutz Sachsen-Anhalt“ (SSSA) des Neonazis Mirko Appelt gelten, die inzwischen auch außerhalb Sachsen-Anhalts als Ordnertruppe bei Veranstaltungen der Neonazi-Szene auftritt und für

ihre Dienste auch ganz unverblümt im Internet wirbt: „Der SelbstSchutz ist ein nicht gewerblicher Zusammenschluss aus geschulten Personen, die in ihrer Freizeit Ordner Tätigkeiten ausüben. Wir übernehmen: Sicherung von Personen auf Veranstaltungen, Ordnerdienste auf Saalveranstaltungen und Demonstrationen, Objekt- und Geländeschutz, sowie jede andere Tätigkeiten aus dem Ordnerbereich“ (komplett in Originalschreibweise zitiert).

Die Anzahl rechtsextremistisch motivierter Straftaten ist in Sachsen-Anhalt im vergangenen Jahr um 19,8 Prozent und damit recht deutlich zurück gegangen. Die Verfassungsschützer führen das insbesondere auf einen Rückgang der registrierten Propagandadelikte zurück. Allerdings ist auch die Zahl rechtsextremistischer Gewalttaten zurück gegangen. Insgesamt registrierten Verfassungsschutz und Staatsschutzabteilung der Polizei im vergangenen Jahr 830 politisch motivierte Straftaten des rechtsextremen Spektrums (2000: 1029 Straftaten). Davon waren 55 (2000: 67) Gewalttaten.

Zwar hat sich nach Angaben des Verfassungsschutzes die Zahl der linksextrem motivierten Straftaten 2001 von 46 auf 92 verdoppelt, dennoch liegt die Gesamtzahl der Delikte aus diesem Spektrum nach wie vor deutlich unter der der rechtsextremen und neonazistischen Konkurrenz. Das allerdings scheinen die Gründer der neuen CDU/FDP-Landesregierung nur sehr eingeschränkt wahrzunehmen. Galt noch zu Zeiten der ersten CDU/FDP-Regierung zwischen 1990 und 1994 der Rechtsextremismus als eindeutiger Arbeitsschwerpunkt des Verfassungsschutzes in Sachsen-Anhalt, so finden sich in der Koalitionsvereinbarung der neuen Landesregierung zu diesem Thema gerade einmal vier nichts sagende Zeilen: „Die Koalitionspartner setzen sich für eine konsequente Bekämpfung des Extremismus jeder Couleur ein. Sie werden neben dem Extremismus von rechts auch den von links sowie den Ausländerextremismus nicht vernachlässigen und zu diesem Zweck den Verfassungsschutz personell verstärken.“

Der auf Initiative der sozialdemokratischen Vorgängerregierung gegründete Verein Miteinander e.V. – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt unter Vorsitz des ehemaligen DDR-Dissidenten und Bürgerrechtlers Hans-Jochen Tschiche bekam durch die schwarz-gelben Koalitionäre dagegen bereits signalisiert, dass er im kommenden Jahr nicht mehr mit Landesgeldern rechnen darf.

Eberhard Löblich

Verfassungsschutz

Wachsende Gewalt

Am 11. September sind auch die Parameter des Verfassungsschutzes – unter konservativen Regierungen: linker / rechter / Ausländerextremismus; unter sozialdemokratischen: rechter / linker / Ausländerextremismus – durcheinander geraten. Für den Bundesinnenminister Otto Schily stand bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes 2001 der islamistische Terrorismus an der Spitze der Bedrohung unserer Gesellschaft. Dies entspricht auch der Wahrnehmung des Bürgers. Denn bei allem Schrecken, der von glatzköpfigen Schreihälsen und ihrer Begleitmusik auf Tonträgern oder im Internet ausgeht: solche extremistischen Spielarten sind, dank nachhaltiger Arbeit von Verfassungsschutz sowie Polizei und ungeachtet der registrierten zunehmenden Gewaltbereitschaft letztlich überschaubar und berechenbar. Terroristische Ansätze sind dabei nach wie vor nicht erkennbar.

Eckdaten zum Extremismus hatte das Bundesinnenministerium vor wenigen Wochen mit der Erläuterung der vereinheitlichten Zählweise für Straftaten von Extremisten vorgelegt. Aus den parallel vorgelegten Landesverfassungsschutzberichten wird allerdings deutlich, dass es bei der Handhabung der Zählweise noch Probleme gibt. Unter „Politisch motivierte Kriminalität“ von rechts wurden 980 Gewalttaten, davon 709 extremistische registriert. Von den 14 725 von Rechten begangenen Straftaten waren 10 054 extremistisch motiviert.

Der Rechtsextremismus des vergangenen Jahres ist gekennzeichnet vom Rückgang der Mitgliederzahlen (minus zwei Prozent auf knapp 50 000), die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten stieg hingegen um reichlich sieben Prozent auf 10 400, die der Neonazis um mehr als 27 Prozent auf 2800 Personen an. Weiter rückläufig ist die Organisationsbereitschaft in Parteien um minus 9,5 Prozent von 36 500 auf 33 000. Dies trifft in erster Linie die Republikaner mit 11 500 Mitstreitern (minus 1500), die DVU hält sich bei 15 000 Anhängern (minus 2000). Trotz der Repression durch das Verbotverfahren unterstützen unverändert 6 500 Mitglieder die NPD. Einen Erfolg konnte der Innenminister für das Kommunikationsmedium Internet vermelden – offenbar wegen Strafverfolgung und Sensibilisierung der Provider: Die Zahl der Webseiten ging von 1300 auf 920 zurück. K.H.R.

Grauzone

Frei von der Leber

■ Der alltägliche Antisemitismus im Netz ■

Es dauerte nicht lange, bis der Streit zwischen dem FDP-Vize Jürgen W. Möllemann und Michel Friedman das Internet erreichte. Auf den Websites der FDP wird wild diskutiert – zum großen Teil ernsthaft, mitunter aber auch offen antisemitisch, insbesondere was die Person Friedman angeht. Der Vizepräsident des Zentralrats der Juden wird unter anderem als „widerlich-schleimiger Judenlummel und Volksverhetzer“ bezeichnet. Auch heißt es, es sei „nicht verwunderlich, dass für viele Menschen, Wesenszüge ‘Einzelner jüdischer Charaktere’ für das gesamte Judentum in Deutschland herhalten müssen, denn Friedman ist nicht einfach irgendein Jude, ein Rabbi usw., der vielleicht eine zu große Klappe hat, sondern ein Vertreter aller Juden in Deutschland.“ Und: „Wenn die Juden in Deutschland Friedman als Vertreter wollen, brauchen sie sich nicht über wieder aufkeimende Vorurteile zu wundern“. Immer wieder moniert wird auch die „Hysterie und Verklemmtheit von uns Deutschen beim Thema Israel“: Es könne ja sein, dass „Karsli und Möllemann sich ein wenig im Ton vergriffen haben, aber das ändert nichts daran, dass sie einfach recht haben. Und dass so ziemlich alle die ich kenne genauso denken.“

Die Chatrooms der FDP sind keine Ausnahmen. Selbst auf dezidiert „linken“ Websites wie der globalisierungskritischen indymedia.de reichen die Debatten in Wortwahl und Ressentiments seit Wochen weit über den aktuellen Nahost-Konflikt hinaus – bis zu Entgleisungen wie „scheißjüdischen Kriegstreibern“. Auch der Zentralrat der Juden beobachtet mit Sorge, wie sehr sich Antisemitismus und Kritik an der israelischen Regierung zurzeit vermischen. Die Briefe, die hier eingehen, reichen von pseudo-historischen Ergüssen, an deren Ende steht „Ihr habt Jesus gekreuzigt. Immer wieder Horror und Blut hervorgerufen. Der Fluch haftet auf euch. Ihr solltet alle zu Psychiatern gehen um euch von Hass und Habgier zu befreien“ bis zu simplen Slogans wie „Also doch!! Hitler und der Holocaust lebt!! Er heißt jetzt A. Sharon und lebt in ISRAEL!!!“ Was dem Zentralrat und den Jüdischen Gemeinden seit Jahren Sorge macht: Offen antisemitische Beiträge werden immer öfter mit vollem Namen und Funktion unterzeichnet. J.G.

Grauzone

Schirmherr

Kanzlerkandidat Edmund Stoiber möchte auch die äußersten Rechte für sich gewinnen. Dafür nimmt er gelegentlich in Kauf, Grenzlinien zu verwischen.

Edmund Stoiber stehe „für die Radikalisierung der demokratischen Rechten“ und gebe damit „die Mitte preis“, hat der SPD-Vorsitzende, Bundeskanzler Gerhard Schröder, seinen Herausforderer geortet. Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende ist kein Rechtsextremer, sondern er gehört zweifelsfrei ins demokratische Spektrum. Allerdings geht er Berührungen mit Teilen der ultrarechten Szene nicht aus dem Weg, und sie sieht ihn als einen der ihren an.

Im vorigen Jahr gratulierte Stoiber dem Gründer und Spiritus Rector der stramm rechten „Deutschland-Stiftung“, Kurt Ziesel, mit überschwänglichen Worten zu dessen 90. Geburtstag. „Jeder Historiker“, so Stoiber an Ziesel, „der über die alte Bundesrepublik forscht“, wird sich „auch mit Ihnen und Ihrem Wirken beschäftigen müssen. Und Sie dürfen dies als Auszeichnung empfinden.“ Ex-NSDAP-Mitglied Ziesel wirkte zunächst beim Nazi-Zentralblatt „Völkischer Beobachter“, 1944 bei der NSDAP-Gauzeitung „Westdeutscher Beobachter“. Über die Offiziere des 20. Juli 1944 äußerte er: „An welchem Abgrund menschlicher Verworfenheit oder geistiger Umnachtung müssen jene Ehrgeizlinge gestanden haben, als sie, wider den Geist des Ganzen Volkes sündigend, die Hand gegen den Führer erhoben ... Jeder, der sich wider den Geist des Krieges versündigt, muss vernichtet werden.“ 1960 zählte Ziesel zu den Gründungsvätern der von ehemaligen SS-Offizieren und NSDAP-Funktionären ins Leben gerufenen Gesellschaft für freie Publizistik. Das Bundesamt für Verfassungsschutz stuft sie als die „mitgliederstärkste rechtsextreme ‘Kulturvereinigung’“ in der Bundesrepublik ein.

1996 wurde Ziesel Geschäftsführer der unionsnahen Deutschland-Stiftung. Sie kürte am 4. Juni 2000 in München den wegen seiner fragwürdigen Theorien über den Nationalsozialismus berüchtigten Geschichtsrevisionisten Ernst Nolte zum Konrad-Adenauer-Preisträger. Nolte hatte 1986 mit seinem Versuch, die Judenvernichtung zu relativieren, einen Historikerstreit ausgelöst. Der Literaturkriti-

ker Marcel Reich-Ranicki warf Nolte deshalb vor: „Seit vielen Jahren wirbt er um Verständnis für den Nationalsozialismus, er ist bemüht, ihn zu verteidigen und natürlich die deutschen Verbrechen zu bagatellisieren.“ Trotzdem überschüttete Stoiber den Preisträger mit Lob: Die Gesellschaft brauche Wissenschaftler, „die sich mutig auf die Wahrheitssuche begeben, ohne Scheu vor Auseinandersetzung und Streit.“ Noltés Dankesrede für die Preisverleihung wurde im Rechtsaußenblatt „Junge Freiheit“ veröffentlicht.

Dass Stoiber keine Berührungängste vor ewig Gestrigen hat, belegen auch seine Kontakte zum extrem rechten Witikobund. Ihm bescheinigte er im September 1996 in seinem Grußwort zur Jahrestagung in Naumburg/Saale: „Seit vielen Jahren bemüht sich der Witikobund um eine Aussöhnung zwischen den Heimatvertriebenen und unseren tschechischen Nachbarn. Dafür spreche ich seinen Mitgliedern meine Anerkennung aus.“ Im „Handbuch deutscher Rechtsextremismus“ wird der Witikobund beschrieben: „(Er)verbreitet ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild, in dem der einzelne sich dem Volksganzen unterzuordnen hat und Naturgesetze an die Stelle des Humanismus treten.“

1997 übernahm Stoiber die Schirmherrschaft beim Treffen von Hitlers alten Helden, der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger (OdR), im bayrischen Hammelburg. Verteidigungsminister Rudolf Scharping dagegen untersagte 1999 der Bundeswehr den Kontakt zur OdR: die 1955 gegründete Vereinigung werde zum Teil von Leuten geführt, die dem Rechtsextremismus nahestünden.

Das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen „Das Ostpreußenblatt“ bejubelte Stoibers Kanzlerkandidatur mit den Worten „Endlich wieder Klartext“: „Stoiber lässt hoffen, dass der lächerliche Spruch ‘Das darf kein Wahlkampfthema werden’ in diesem Wahlkampf nicht zum Zuge kommt.“ Nach Erkenntnissen der Bundesregierung hat das Blatt „in einzelnen Fällen Beiträge von Rechtsextremisten veröffentlicht oder für Erzeugnisse rechtsextremistischer Verlage geworben.“ Die Haptansprache beim diesjährigen Deutschlandtreffen der Ostpreußen am 22./23. Juni in Leipzig soll Stoiber halten. Was von ihm zu erwarten ist, führte er Pfingsten beim Sudetentag in Nürnberg vor, wo er den EU-Beitritt Tschechiens in Frage stellte. Daraufhin wurde er von Bundesinnenminister Otto Schily gescholten, „scharfmacherische, gefährlich nationalistisch getönte Reden“ zu halten. *Anton Maegerle*

Ausland

Politik-Neulinge

Was die rechtspopulistische Lijst Pim Fortuyn in Parlament wie Regierung programmatisch vorhat, ist völlig offen.

Der von der Königin ernannte „Formateur“ einer neuen Regierung hatte die Gespräche noch gar nicht aufgenommen, da hatte die Lijst Pim Fortuyn (LPF) schon Anspruch auf drei Ämter angemeldet: Man wolle, sagte der neue Vorsitzende Mat Herben, die Ministerien für Bildung und Gesundheit, sowie ein noch zu schaffendes „Ministerium für Einwanderung“ übernehmen. Und auch wenn in den Niederlanden in der Regel Wochen bis Monate vergehen, bis eine Regierung gebildet wird, steht doch bereits soviel fest: Rein rechnerisch ist nicht ausgeschlossen, dass die LPF, die mit 26 Sitzen in der Zweiten Kammer als zweitstärkste Partei aus den Wahlen am 15. Mai hervorging, in Zukunft unter einem christdemokratischen Ministerpräsidenten tatsächlich drei Minister stellt.

Was hingegen auch den Niederländern noch völlig unklar ist, ist, wer die LPF, die durch den Mord an ihrem Anführer Pim Fortuyn ihr einzig wirklich prominentes Mitglied verlor, künftig repräsentieren wird. Kaum einer kennt die 26 Abgeordneten, die nur neun Tage nach dem Mord an Fortuyn von etwa 1,5 Millionen Niederländern gewählt wurden. Lediglich einer von ihnen, Jim Jansen van Raay, saß schon einmal im Parlament, allerdings im Europaparlament. Alle übrigen sind Neueinsteiger in der Parteipolitik, arbeiteten zuvor als Polizisten, Ärzte oder Unternehmer. Pim Fortuyn selbst, der die bunte Truppe in den nur drei Monaten des Bestehens der Liste persönlich zusammengesucht hatte, soll noch kurz vor seinem Tod erklärt haben, er halte viele für kaum parlamentsfähig.

Den Fraktionsvorsitz trat bereits am Tag nach den Wahlen ein Mann an, der immerhin schon 20 Jahre in einem Ministerium gearbeitet hat. Mat Herben ist 49, wird von ehemaligen Kollegen als korrekter und unauffälliger Beamtentyp bezeichnet und war im Verteidigungsministerium Chefredakteur der „Verteidigungszeitung“. Davor arbeitete er für eine Zeitschrift, die sich zum Ziel gesetzt hatte, den Katholizismus in den Niederlanden zu befördern. Als Pim Fortuyn im März wegen rassistischer Äußerungen von der Liste Leefbaar Nederland ge-

feuert wurde, ging Mat Herben mit ihm, besetzte Platz 6 der Kandidatenliste und wurde Fortuyns Sprecher. Im Kampf um Fortuyns Nachfolge setzte er sich gegen den von den Kapverdischen Inseln stammenden Joao Varela durch, der als eine Art ausländerpolitischer Sprecher vorgesehen war.

Was die LPF in Parlament wie Regierung programmatisch vorhat, ist nach Pim Fortuyns Tod vielleicht noch offener als vorher. Herben, der während der gesamten Wahlkampftour an Fortuyns Seite war, erklärte zwar, er könne „alles träumen, was Pim dachte“ – doch was der dachte, blieb oft offen. Inzwischen gibt es zwar so etwas wie ein veröffentlichtes Programm, doch auch dieses bleibt dürftig. In der Rubrik „Integration“ heißt es unter anderem, dass große Gruppen in der Gesellschaft einen „sozial-kulturellen Rückstand“ aufwiesen – vor allem jene, die aus Ländern kämen, die keine „Jahrhunderte lange jüdisch-christlich-humanistische Entwicklung“ durchlaufen hätten. Diesem Rückstand soll mit Geld und Unterstützung beigegeben werden, aber auch der Forderung, sich „bis zum Äußersten“ zu integrieren. Untersucht werden solle, ob ein soziales oder militärisches Pflichtjahr für 18-Jährige der Integration zuträglich sei. Was weitere Zuwanderung angeht, stellt das LFP-Programm „unumwunden fest, dass die Niederlande kein Einwanderungsland sind.“ Jahrelang sei vor allem durch Verschulden der sozialliberalen Regierung die Einwanderung in ein „übervölkertes Land aus dem Ruder gelaufen“.

Politikwissenschaftler sind sich nichtsdestotrotz weitgehend einig, dass es richtig ist, die LPF in die Regierung einzubinden und zu hoffen, dass diese sich dort selbst entzaubert. Massenhaft gewählt wurde die LPF laut Wahlanalysen aus einer ganzen Reihe von Gründen: wegen der Unzufriedenheit über steigende Kriminalität, wegen der desolaten Lage des Gesundheitswesens, wegen der als nicht gelungen empfundenen Integration vieler Einwanderer, wegen der offenen Tabubrüche ihres Wortführers Fortuyn. Aber auch, um zu kondolieren: Der erste politische Mord seit mehreren hundert Jahren hat das Land so nachhaltig erschüttert, dass offenbar viele die Liste des Verstorbenen gewählt haben, um ihr Entsetzen kundzutun. Die LPF wurde aus Wählerkreisen der rechtsliberalen VVD gewählt, aber auch von Erst- und bisherigen Nichtwählern. Gerade ein Blick auf die Jugendlichen stimmt viele besorgt: In einer von einem Politik-Institut durchgeführten simulierten Wahl unter 70 000 Schülern wurde die LPF stärkste Kraft. Jeannette Goddar

Ausland**Der „Störfaktor“**

Der Front National könnte über den Wahlausgang in Frankreich entscheiden.

Die beiden rechtsextremen Parteien – vor allem aber der Front National (FN) – werde bei der Parlamentswahl alles daran setzen, eine maximale Wirkung als Störfaktor zu entfalten, falls sie nicht richtig „mitspielen“ dürfen. Das französische Mehrheitswahlrecht sorgt dafür, dass FN und MNR (Mouvement National Républicain) in der Regel geringe Aussichten haben, einen Wahlkreis für einen ihrer Kandidaten zu „erobern“. Momentan werden der extremen Rechten zwischen drei und zehn Parlamentssitze vorausgesagt. Meinungsumfragen geben dem FN landesweit zwölf bis 16 Prozent der Stimmen und dem MNR rund zwei Prozent.

Im Südosten Frankreichs könnten einige Abgeordnete des FN gewählt werden. MNR-Präsident Bruno Mégret hat relativ hohe Chancen, im Wahlkreis Vitrolles/Mariagne einen Parlamentssitz zu gewinnen: Beide Trabantenstädte von Marseille werden von rechtsextremen Stadtoberhäuptern regiert, Catherine Mégret (MNR) und Daniel Simonpieri (bis vor kurzem MNR). Ansonsten werden FN und MNR fast überall gegen- beziehungsweise nebeneinander antreten: Bei insgesamt 577 Wahlkreisen hat Le Pen 563 Kandidaten präsentiert, Mégret gar 571. Der FN-Vorsitzende wird nicht selbst Kandidat sein: Le Pen hasst es, sich dem Risiko auszusetzen, nicht das beste Einzelergebnis eines FN-Bewerbers zu erzielen. Er ist jedoch im Wahlkampf in hohem Maße präsent.

Nach dem französischen Wahlrecht dürfen diejenigen Kandidaten in die Stichwahl, die im ersten Wahlgang mindestens 12,5 Prozent der eingeschriebenen Wahlberechtigten erhalten haben. Seit den neunziger Jahren erhält der FN systematisch seine Kandidaturen in der Stichwahl aufrecht, auch dort, wo sie völlig aussichtslos sind. Dadurch entstehen die „triangulaires“ (wörtlich: die dreieckigen) genannten Konstellationen: eine Dreierfigur von Linken, Rechten und Rechtsextremen. Dies behindert vor allem die konservative Rechte, da die Linksparteien in weit geringerem Maße eine Wählerschaft mit dem FN oder MNR teilen. Zwischen 30 und 40 bürgerliche Kandidaten waren bei den Parlamentswahlen 1997 deswegen gescheitert.

Dieses Mal könnten die Rechtsextremen die Möglichkeit haben, ihre Kandidaten in 237 Wahlkreisen zur Stichwahl aufrecht zu erhalten.

Am 21. Mai stieß jetzt der derzeitige Interimspräsident des neogaullistischen RPR, Serge Lepeltier, eine Debatte über das Verhalten der Konservativen in den Stichwahlen an. Im Fernsehkanal RTL hatte Lepeltier zu den „triangulaires“ verkündet: „Ich wünsche, dass wir unseren Kandidaten aufrecht erhalten, denn wir würden immer noch weniger Risiken durch die Wahl von ein paar Abgeordneten (der extremen Rechten, Anm.) eingehen als die Linke, die (1985) das Verhältniswahlrecht eingeführt hatte, mit dem Ergebnis, dass der FN eine Fraktion in der Nationalversammlung erlangte.“ Der Front National war zwischen 1986 und 1988 mit 35 Abgeordneten präsent.

Im Hintergrund steht wohl die Überlegung Lepeltiers, ein solcher Verzicht auf den Rückzug zugunsten der Linksparteien im Falle einer Präsenz von FN oder MNR könne von den Rechtsextremen honoriert werden. Bleibt ein konservativer Bewerber – mit schwachem Ergebnis – gegenüber einem sozialdemokratischen und einem rechtsextremen Kandidaten im Rennen, dann wäre es möglich, die Wahl des Ersteren zu behindern und dem Anderen den Weg freizumachen. Das könnte die Tür dafür öffnen, dass in manchen Wahlkreisen hinter den Kulissen verhandelt wird, wo – im Gegenzug – der FN oder MNR nicht die Wahl eines konservativen Kandidaten behindern werden.

Eine deutliche Mehrheit der konservativen Entscheidungsträger hat Lepeltier jetzt, angesichts der breiten Empörung, zurückgepfiffen. Ex-Premierminister Alain Juppé, der den Wahlkampf der neuen Sammelpartei UMPF (Union pour la majorité présidentielle) koordiniert, und andere suchten rasch, den politischen Schaden zu begrenzen. Juppé erklärte, dass nur die beiden bestplatzierten Kandidaten in die Stichwahl gehen sollten. Das bedeutet, dass die Konservativen sich zurückziehen, wo die Linksparteien besser abschneiden und umgekehrt – und dem FN gegenüberstehen. Es gibt freilich auch Gegenstimmen wie die des RPR-Vorsitzenden im südöstlichen Département Var, Gilbert Ginesta, der die von Lepeltier vorgedachte Orientierung bekräftigte. Der Bezirk um Toulon bildet eine Hochburg des FN. Le Pen wiederum forderte in einem „Le Monde“-Interview am 23. Mai die UMP ultimativ auf, Abkommen für die Stichwahl mit seiner Partei abzuschließen. *Bernhard Schmid*

NS-Vergangenheit**Der Opfer erinnern****■ Ungarn bekommt Holocaust-Memorial ■**

Die Geschichte Ungarns während des Zweiten Weltkriegs ist kompliziert. Zwar fühlte sich die Regierung in Budapest den deutschen Nachbarn eng verbunden, aber zunächst nur wirtschaftlich. Am 10. Oktober 1940 vereinbarten beide Regierungen dann doch eine engere Zusammenarbeit nicht nur in der Landwirtschaft. Ungarn trat nun auch dem Dreimächtepakt Deutsches Reich, Italien und Japan bei und wurde dadurch militärischer Verbündeter der Nazis. Ungarische Verbände kamen vor allem an die Ostfront.

Anfang 1943, nach dem Debakel von Stalingrad und der Niederlage bei Woronesch, wo Ungarn von 200 000 Soldaten 150 000 verlor, begann Budapest, sich von Nazideutschland zu lösen. Berlin wusste das, verzichtete aber auf Sanktionen, solange Ungarn seine wirtschaftlichen Verpflichtungen einhielt und die Rote Armee noch weit genug weg war. Als diese aber im Frühjahr 1944 auf die Karpaten zurückte, marschierten deutsche Verbände am 19. März 1944 in Ungarn ein. Bis dahin hatte sich die Regierungen in Budapest stets der Forderung Berlins widersetzt, Ungarn möge die „Endlösung“ übernehmen. Mit dem Einmarsch der Wehrmacht endeten für die 725 000 Juden in Ungarn die entbehrungsreichen, aber relativ sicheren Jahre. Bereits am 5. April wurde der gelbe Fleck zur Pflicht. Jüdische Unternehmen, Geschäfte und Banken mussten schließen, alles wurde beschlagnahmt. Das galt auch für persönlichen Besitz wie Schmuck, Bankguthaben und Wertpapiere.

Ende April schließlich begannen die Deportationen – zunächst in die örtlichen Synagogen und Gemeindezentren, später in die Bezirkshauptstädte. Binnen 30 Minuten mussten die Menschen ihre Wohnungen verlassen. Dann wurden Ghettos eingerichtet, oft in Wäldern unter freiem Himmel. Es gab nicht genug zu essen, es fehlte an Wasser und hygienischen Einrichtungen. Vor allem wohlhabende Juden litten unter den ungewohnten Entbehrungen. Viele starben, ehe am 15. Mai 1944 die großen Deportationen einsetzten. Danach fuhren 434 351 Juden in 147 hermetisch verschlossenen Güterzügen nach Auschwitz-Birkenau, wo die meisten sofort in die Gaskammern gehen mussten.

Niemals zuvor waren dort binnen nur drei Wochen so viele Menschen ermordet worden. Gaskammern und Krematorien waren ohne Unterbrechung „in Betrieb“. Ende Januar befreite die Rote Armee die Hauptstadt und setzte dem Morden ein Ende.

All das soll nun in einem Holocaust-Memorial dokumentiert werden. Die ungarische Regierung hat inzwischen 530 000 US-Dollar bewilligt, um eine alte, ziemlich verwahrloste Synagoge in Stand zu setzen. Die französische Regierung will 500 000 Dollar für die Ausstellung beisteuern. Ende des Jahres soll das Gebäude restauriert sein, im Jahr darauf ist die Eröffnung der Ausstellung vorgesehen. Die Leitung des Memorials teilen sich Vertreter des US-Holocaust-Memorials in Washington, Yad Vashem in Jerusalem, der Regierungen in Budapest und Paris sowie die ungarischen jüdischen Gemeinden. Vorsitzender ist der Ungar Tibor Vámos. Er resümierte kürzlich: „Die Gründung des Holocaust-Zentrums wurde lange aufgeschoben. Bisher wurde in Ungarn weder eine öffentliche Gedenkstätte noch eine andere Institution in Erinnerung an die Opfer des Holocaust errichtet, auch nicht durch die drei postkommunistischen Regierungen.“ Wohl gibt es in Budapest seit einem Jahr mit dem „Haus des Terrors“ eine Erinnerungsstätte für die Opfer der Nazis und der kommunistischen Diktaturen, nicht aber für die größte Opfergruppe – eben die Juden.

■ 434 351 Juden nach Auschwitz ■

Das „Haus des Terrors“ ist ein Gebäude mit wechsellastiger Geschichte. Es gehörte ursprünglich der Familie eines berühmten jüdischen Malers. Nach deren Deportation machte im Oktober 1944 eine nazifreundliche Partei das repräsentative Gebäude zu ihrem Hauptquartier. Es folgte die kommunistische Sicherheitspolizei, die dort ihre Kommandozentrale einrichtete. Das „Haus des Terrors“ ist in Ungarn allerdings nicht unumstritten. Den einen räumt es zu viel Platz für die kommunistischen Verbrechen ein, andere sagen, die wenigen Monate der Nazizeit von März 1944 bis Januar 1945 würden überbetont. Eine Lücke besteht auf jeden Fall. Das betrifft die Herrschaft von Admiral Miklos Horthy. In seiner Verantwortung wurden die ersten jüdenfeindlichen Gesetze erlassen, ehe die blutrünstigen antisemitischen Pfeilkreuzler in Ungarn die Macht übernahmen. Es ist zu hoffen, dass in dem Memorial auch der Menschen gedacht wird, die wie Raoul Wallenberg als Judenretter in die Geschichte eingegangen sind.

Heiner Lichtenstein

Demokratische Initiativen**Vorbilder**

■ **Die „Botschafter der Toleranz 2002“ wurden in Berlin ausgezeichnet.**

Vor rund 700 Jugendlichen und Ehrengästen wurde am 23. Mai an fünf Preisträger der Titel „Botschafter der Toleranz“ vergeben. Bundesinnenminister Otto Schily, Bundesjugendministerin Christine Bergmann und die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Marieluise Beck, überreichten den ausgezeichneten Initiativen je einen Scheck über 5000 Euro. Anwesend waren unter anderem der Zentralratsvorsitzende der Juden Paul Spiegel, der Sinti und Roma-Vorsitzende Romani Rose, der Metropolit der griechisch-orthodoxen Kirche in Deutschland sowie ein hoher Repräsentant der Muslime in Deutschland.

Die Preisverleihung war der Höhepunkt des dreitägigen Forums „Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus“, das die Parlamentarische Staatssekretärin Cornelia Sonntag-Wolgast eröffnet hatte. Auf dem Programm standen Workshops, Diskussionen, ein Gottesdienst, Besichtigungen und Erfahrungsaustausch.

Zu Beginn der Veranstaltung des Bündnisses für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt im Berliner Haus der Kulturen der Welt lief der Soundtrack aus „Star Wars“. Ministerin Bergmann sagte: „Es ist inzwischen eine gute Tradition, das zivilgesellschaftliche Engagement unserer Gesellschaft am Tag des Grundgesetzes zu würdigen. Sie alle haben mit ihrem persönlichen Einsatz das Bewusstsein dafür geschärft, dass unsere Demokratie nicht etwas ein für alle Mal Fertiges ist. Sie entsteht nicht von selbst, sondern braucht das zivile Engagement und umsichtiges staatliches Handeln. 'Wo Zivilcourage keine Heimat hat, da reicht die Freiheit nicht weit', hat Willy Brandt einmal gesagt. ... Es gibt eine Lebensweisheit, die besagt: Nichts prägt so sehr wie gute Vorbilder...“

Preisträger dieses Jahres sind die Jugendgruppe „Jumawa“ aus Sebnitz, die Fraueninitiative „Merhaba“ aus Bensberg, der Verein gegen Missbrauch im Internet „naiin“ (no abuse in internet), eine Schülergruppe aus Sondershausen und das Bündnis aktiver Fußballfans „BAFF“. Bei dessen Sprecher Gerd Dembowski trafen Bergmanns Worte

auf mehr als nur offene Ohren. Weil er und seine Mitstreiter in ihrer Wanderausstellung „Tatort Stadion – Rassismus und Diskriminierung im Stadion“ (vgl. BNR 23/01) nicht auf rechtslastige Zitate des derzeitigen DFB-Präsidenten Gerhard Mayer-Vorfelder (68) verzichten wollen, hat der DFB-Förderverein seine für die unter der Schirmherrschaft von Bundestagspräsident Wolfgang Thierse stehende Ausstellung zugesagte finanzielle Unterstützung in Höhe von 5000 Euro gestrichen. „Mit ihren Äußerungen sind viele Prominente ein schlechtes Beispiel für gefährdete Jugendliche“, meint Dembowski. Zitate von Politikern, Funktionären und Sportlern werden daher unter der Überschrift „Vorbilder?“ aufgelistet. Als klar wurde, dass das BAFF nicht erpressbar ist, forderten DFB und deutsche Fußballliga alle Vereine der 1. und 2. Liga in einem Rundschreiben auf, dafür zu sorgen, dass die Ausstellung an den einzelnen Spielorten entweder nicht gezeigt oder um die Mayer-Vorfelder betreffende Schautafel zensiert wird.

Trotz des massiven Drucks ist Dembowski optimistisch: „Südkorea ist weit, doch 2006 haben wir die Fußball-WM in Deutschland – und da wird der DFB uns ganz sicher wieder brauchen. Außerdem gibt die Auszeichnung Rückhalt – und das Geld hilft, weiter zu machen.“ Andreas Nachama, Direktor der Stiftung Topographie des Terrors und Mitglied des Bündnis-Beirats betonte gegenüber dem „blick nach rechts“: „Genau das wollten wir erreichen mit unserer Preisverleihung. Und vielleicht ist das ja auch ein Signal für Herrn Mayer-Vorfelder, sich von seinen Äußerungen zu distanzieren.“

Gabriele Kleiner

Hinweis

Osnabrück – Mit der Thematik „Retter und Gerettete – Juden im Untergrund und auf der Flucht während der nationalsozialistischen Verfolgung“ befasst sich eine Tagung, die vom Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung und der Volkshochschule Osnabrück vom 14. bis 16. Juni in Osnabrück durchgeführt wird. Vorgestellt werden unter anderem Schicksale von so genannten „stillen Helden“, Personen, die Juden in der NS-Zeit versteckt haben, und jüdischen Geretteten. Die Tagung wird eröffnet mit einem Vortrag des Historikers Wolfgang Benz über „Jüdisches Überleben in der Illegalität. Solidarität und Hilfe für die Verfolgten in Europa“. **Informationen: Volkshochschule, Bergstraße 8, 49076 Osnabrück, Tel.: 0541/323-2243/4694, Fax: 323-4347.**

Zeitschriftenschau

Periodika der extremen Rechten

„Nation&Europa“ (NE), 52. Jg., Heft 5/2002

Es wäre verwunderlich, würde NE den Palästina-konflikt aussparen, ermöglicht er doch den mehr oder weniger deutlichen Transport von Vorurteilen, nachdem Deutschland – Jürgen Möllemann sei dank – sich frei fühlt, sich intensiv mit ihm zu befassen. „Der Staat Israel – das sollte nicht ganz vergessen werden – verdankt seine Existenz jüdischen Terrorkommandos“, stellt Harald Neubauer fest – da war allerdings unter deutscher Federführung noch etwas Anderes. Dankbar werden im Vorfeld des Wahlkampfs Skandale und politische Pannen aufgegriffen („Die gekaufte Republik – Deutschland wird immer korrupter“). Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt und Focus-Markwort werden – mit unsauberem Zitat – als Streithelfer gegen das Zuwanderungsgesetz der Bundesregierung ins Feld geführt, was mit Horrorszenarien wie der hemmungslosen Einwanderung von Prostituierten oder der „Lebenslüge Integrationspolitik“ des Politologen Bassam Tibi garniert wird. Claus Nordbruch stellt sich als Verfolgten des Verfassungsschutzes dar, weil Bayern sein Auftreten beim Grabert-Verlag oder für die DVU als extremistisch einstuft. Franz Schönhuber bastelt weiter an der Überwindung der Fronten in der rechten Szene, allerdings auf einer zunehmend kleineren gemeinsamen Basis („heute soll uns jeder recht sein, der den Kampf um die dringend notwendige Revision des Geschichtsbildes vorantreibt“). Ob er sich mit dem Bekenntnis, „dass ich die Überbetonung des Germanischen in den Köpfen mancher rechter Denker nicht teile“, Freunde macht, weiß Schönhuber selbst am besten. Die Wahrnehmung der anfänglich negativ bewerteten Schillpartei scheint sich zu wandeln. So es denn kein Aprilscherz ist, wird über den Gemahl einer Cousine des Unions-Kanzlerkandidaten berichtet, Yüksel Stoiber, der verurteilt wurde, weil er beim Verlassen einer Gaststätte, spaßeshalber, den Hitlergruß verwendete. Unter den Buchbesprechungen fällt neben Dieter Steins Sammelwerk zum 11. September (mit Beiträgen von Alain de Benoist, Franz Alt und Peter Scholl-Latour) ein Bändchen zur Suche nach den Wurzeln auf, in dem als namhafteste Vertreter der „spirituellen Tradition Europas“ Alfred Rosenberg, Rudolf Steiner und Julius Evola ausgemacht werden. Die „Junge Freiheit“ macht für sich Werbung mit dem ehemaligen Generalbundesanwalt von Stahl. (khr)

„Junge Freiheit“ (JF), 17. Jg., Nr. 19-21/2002:

Die politische Klasse Frankreichs sieht Charles Brant „ganz von der Hysterie ihres Hasses auf Le Pen ergriffen“. Alain de Benoist bewertet den enormen Zuspruch für Le Pen als Ausdruck einer Verwerfung, die nicht mehr zwischen „Faschisten und Demokraten, sondern vertikal“ verlaufe: „die Kleinen gegen die Großen, das Volk gegen die Eliten“. Andreas Mölzer kritisiert die europäische Rechte, die sich stets gegenseitig ausgrenzen würde, statt ihre Deckungsgleichheit in wesentlichen Programmpunkten hervorzuheben und das vorhandene Stimmenpotenzial von 20 Prozent abzuschöpfen. Gert Van Cleemput vom rechtsextremen belgischen Vlaams Blok hebt zwar Gemeinsamkeiten der europäischen Rechtsparteien wie den „Kampf gegen die ‘political correctness’“, die Einwanderung, steigende Kriminalität, „Protest gegen eine etablierte Politikerkaste“ hervor, betont aber, dass die jeweiligen Bewegungen doch zu unterschiedlich seien. Dass auch der Börsenverein des Deutschen Buchhandels für die „political correctness“ instrumentalisiert werden solle, prangert Thorsten Thaler an, wie 1933 würde sich der Verband damit in eine „Zensurbehörde“ verwandeln. Ohnehin seien die deutschen Gefängnisse mit politischen „Meinungskriminellen“ gefüllt, beklagt Andreas Wild. Das politische Klima als „grauenvolle Mischung von Misstrauen, Neid und Heuchelei“ geißelt Hans-Helmuth Knütter, im Kampf gegen Rechts gelte das „Denunziantentum als Tugend“. Doris Neujahr sieht die „political correctness“ als „falsches Bewusstseins- und zugleich Propagandasystem“ zur Legitimation der Machthaber, was mitunter zur Entladung eruptiver Gewalt führe. Das Attentat auf den niederländischen Politiker Pim Fortuyn durch einen „neurotisierten“ Linksaktivisten sei eine Folge davon. Ob der „Aufstand der Anständigen“ in Holland einen willigen Vollstrecker gefunden“ habe, räsoniert Chefredakteur Dieter Stein. Jemanden als Rechtsextremisten zu bezeichnen, bedeute eine „Feinderklärung“, sei die „moderne Art, Menschen für vogelfrei zu erklären“. So sieht man sich auch im Zusammenhang mit dem Interview mit Jamil Karsli zu Unrecht in den Medien als rechtsextrem bezeichnet. Die Schuld daran gegeben wird dem nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz, der die JF seit 1995 in seinen Berichten erwähnt, was „eine politische unbequeme Wochenzeitung „massiv unter Druck setze“. Mit einem „Appell an die Pressefreiheit“ wird Ministerpräsident Wolfgang Clement aufgefordert, dafür zu sorgen, dass es die Behörde unterlasse, die JF „in den Verdacht des Extremismus zu setzen“. (gn)

Meldungen

Inland

■ **Barsinghausen** – Der NPD-Kreisvorsitzende Schaumburg, Sandy Ossenkop, und der Chef der Kameradschaft Weserbergland, Marcus Winter, haben Probleme mit der Polizei. Der Grund: Nach rechten Übergriffen am Himmelfahrtstag in Barsinghausen entdeckte die Polizei im Auto eines Neonazis einen völlig verängstigten Schüler. Dem 17-Jährigen waren gewaltsam die Haare geschoren worden. Zeugen belasteten die beiden rechtsextremen Drahtzieher. Bei den Übergriffen am Vatertag in Barsinghausen soll unter anderem der örtliche SPD-Vorstand mit einer Eisenstange verprügelt worden sein.

■ **Hamburg** – Erste Aktivitäten entfaltet die Aktionsgemeinschaft Deutschlandliebender (ADL), die nach der Auflösung der Deutschen Aufbau-Organisation Alfred Mechttersheimers von deren ehemaligen Mitstreitern Baldur Springmann und Klaus Kaping sowie Thorsten Thomsen (Deutsche Partei) ins Leben gerufen worden war. Einer ersten Veranstaltung mit dem ehemaligen Kärntner Landesvorsitzenden des FPÖ-nahen Ring Freiheitlicher Jugend, Markus Kratzwald, am 11. Mai sollen weitere zu den Themen „Ökologie und Patriotismus“ sowie „Die Linke und die Nation“ folgen.

■ **Heidelberg** – 26 Neonazis haben am Jahrestag der Kapitulation auf einem Heidelberger Soldatenfriedhof Kränze und Reichskriegsflaggen niedergelegt. Passanten verständigten schließlich die Polizei, weil ihnen der Aufmarsch der schwarz gekleideten Figuren Angst machte. Als die Beamten anrückten, flüchteten die Neonazis in den nahe gelegenen Wald. Neben dem Führungskopf der „Karlsruher Kameradschaft“ Jörg Milch haben auch der ehemalige Leiter der „Blood&Honour“ Sektion Pfalz, Sascha Teeuwen, Maikammer, und der „freie Nationalist“ Rene Rodriguez-Teufer aus Viernheim an dem Aufmarsch teilgenommen.

■ **Ingolstadt** – Die „Aktion Widerstand“ des JN-Landesverbandes Bayern hat für den 1. Juni zu einer Demonstration „Gegen das internationale Großkapital und das ihm hörige Politiksystem“ in Ingolstadt aufgerufen. Als Redner sind der NPD-Landesvorsitzende und Stadtrat in Nürnberg, Ralf Ollert, der JN-Landesvorsitzende Stefan Göbecke-Teichert und der „ostmärkische Nationalist“ And-

reas Thierry angekündigt. Göbecke-Teichert war Ende der 90er Jahre Repräsentant der Nationalen Initiative Schweiz (NIS) für die Bundesrepublik und vertrieb über eine Postfachanschrift in Neuburg an der Donau deren Polit-Magazin „Morgenstern“. Er war bis 1999 im „Deutsche Stimme“-Versand beschäftigt. Der Österreicher Thierry gilt als „Ziehsohn“ des SS-Mannes Herbert Schweiger. Erkenntnissen des Verfassungsschutzes zufolge forderte Thierry, der seit 1989 mit rechtsextremen Organisationen in Verbindung steht, auf einer Schulungsveranstaltung des NPD-Landesverbandes Bayern 1999 mit Zustimmung der Teilnehmer, „Rassenlehre wieder zur Grundlage einer Gesellschaftsordnung“ zu machen.

■ **Karlsruhe** – Die neonazistische „Kameradschaft Karlsruhe“ mobilisiert für eine Demonstration des „Nationalen Widerstands“ am 15. Juni auf dem Karlsruher Kronenplatz unter dem Motto: „Repression hat viele Gesichter – vor allem die Republik der kleinen Lichter“. Beklagt wird, dass die „Versammlungs- und Meinungsfreiheit ... heutzutage nur noch eine Farce“ für „nationale Systemkritiker“ sei. Die „Spitze des Eisbergs“ sei der „Fall des Liedermachers“ Frank Rennicke, dem gar die „Auslieferung nach Österreich“ drohe. Den österreichischen Behörden ist jedoch von einer Auslieferung Rennickes nichts bekannt. Als presserechtlich verantwortlich zeichnet für den Demoauftritt „Axel Reichert“. Reichert, ein verdeckter Ermittler des baden-württembergischen Landeskriminalamtes, hatte vor Jahren erfolgreich die Karlsruher Neonazi-Szene unterwandert. Dem harten Kern der Karlsruher Kameradschaft rechnet der Staatsschutz rund 20 Neonazis zu.

■ **Moosburg** – Seit April ist der bayerische FDP-Ortsverband Moosburg mit einer eigenen Homepage im Internet vertreten. Vorsitzender ist der gebürtige Münchner Stefan Jähnel (Jg. 1969). Jähnel gehörte einst dem neonazistischen Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers (KAH) an und war 1993 einer der Organisatoren des Rudolf-Hess-Gedenkmarsches. Als Schatzmeister wirkte er im Bundesvorstand der zwischenzeitlich verbotenen Neonazi-Vereinigung Nationale Offensive (NO). 1994 wurde Jähnel vom Landgericht Konstanz zu vier Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Jähnel war vorgeworfen worden, bei einer NO-Veranstaltung Übergriffe auf Ausländer in Rostock und somit Straftaten wie Landfriedensbruch und Brandstiftung nachträglich befürwortet zu haben.

■ **München** – Die Burschenschaft Danubia, die wiederholt Rechtsextremisten als Referenten zu Gast hatte und in deren Räumen im Januar letzten Jahres der Haupttäter eines Skinhead-Überfalls auf einen Griechen Unterschlupf fand, hat sich von einem Gutachter bescheinigen lassen, verfassungstreu zu sein. Der emeritierte Bonner Politikwissenschaftler Hans-Helmuth Knütter, Stammautor der „Jungen Freiheit“ und Kontakten zu extrem rechten Gruppierungen nicht abgeneigt, attestierte der Burschenschaft zwar, sie gehöre „in das Umfeld, das als ‚rechts‘ eingeordnet wird“. Eine „aktiv-kämpferische Haltung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung“ sei aber nicht feststellbar. Enttäuscht sind Danuben und ihr Gutachter offenbar, dass es gerade ein CSU-geführtes Innenministerium ist, das die Bruderschaft als verfassungsfeindlich bezeichnet. Die Christsozialen, meint Knütter, würden sich vor einer von den Burschenschaften vorangetriebenen „Intelktualisierung“ der Rechten beziehungsweise des Rechtsextremismus fürchten, „weil Auswirkungen (Kaderbildung) auf Parteien rechts von der CSU eintreten könnten“.

■ **München** – Ärger mit seinem nordrhein-westfälischen Landesverband hat DVU-Chef Frey. Der NRW-Verfassungsschutz spricht von einer „krisenhaften Entwicklung im Landesverband“: Etliche der wenigen DVU-Aktivistinnen seien aus der Partei ausgetreten oder ausgeschlossen worden, darunter Mitglieder des Landesvorstands. Offenkundig geworden waren die Zerwürfnisse, als am 2. Februar DVU'ler an der Anti-Wehrmachtsausstellung der NPD in Bielefeld teilnahmen. Zwei Wochen später rief ein Stolberger DVU-Ratsmitglied gegen den Willen von Frey zu einer Demonstration auf, bei der so genannte freie Nationalisten das Gros der Teilnehmer stellten. Während sich die NPD über neue Mitglieder freut, die von der DVU zu ihr wechselten, versucht sich die Frey-Partei noch einmal von der Konkurrenz abzugrenzen. Ihr Bundesvorstand betonte Ende April eine „strikt ablehnende Haltung gegenüber jeder Gemeinsamkeit und jedem Kontakt mit Personen und Organisationen, die einen ‚nationalrevolutionären‘ Kurs verfolgen. Erst recht gilt diese Ablehnung für Kontakte mit Personen, die dem Neonazi- und Skinheadmilieu zuzurechnen sind“.

■ **Nürtingen** – Unter dem Leitwort „Wege aus der Krise – Für ein lebensrichtiges Menschenbild“ fand vom 12. bis 14. April der diesjährige Jahreskongress der Gesellschaft für freie Publizistik (GFP) statt. An der Tagung der „größten rechtsextremen kulturpolitischen Organisation“ (Bundesamt für

Verfassungsschutz) in der Bundesrepublik nahmen rund 200 Personen teil. Referate hielten unter anderem Albrecht Jebens (CDU, Ex-Geschäftsführer des unionsnahen Studienzentrums Weikersheim), der Schweizer Jean-Jacques Hegg und die rechtsextremen Autoren Karl Richter und Harald Neubauer. Mit der diesjährigen Ulrich von Hutten-Medaille wurde Ilse Dvorak-Stocker (Graz), „eine der großen Verlegerpersönlichkeiten Österreichs“ (so die Zeitschrift „Aula“) vom GFP-Vorsitzenden Rolf Kosiek (Nürtingen) ausgezeichnet. Die Laudatio hielt der österreichische Rechtsextremist Otto Scrinzi. Zugewogen als Referent war auch Wolfgang Dvorak-Stocker, Leiter des Leopold Stocker Verlages aus Graz.

■ **Schwelm** – Der Bundesgerichtshof hat das Urteil gegen das Schwelmer NPD-Ratsmitglied Thorsten Crämer bestätigt. Das Landgericht Wuppertal hatte den Ex-NPD- und -JN-Funktionär zu zwei Jahren und drei Monaten Haft verurteilt, weil er im Sommer 2000 Rädelführer des Überfalls auf eine Besuchergruppe am KZ-Mahnmal Kemna war. 17 der 27 Monate hatte Crämer in der Untersuchungshaft bereits abgesessen, ehe er im vorigen Dezember auf freien Fuß gesetzt wurde. Ob er für die verbleibenden zehn Monate noch einmal hinter Gitter muss, hat nun eine Strafvollstreckungskammer zu entscheiden.

■ **Stuttgart** – Nach Informationen der „Stuttgarter Nachrichten“ haben Beamte der Staatsanwaltschaft Stuttgart kurz vor Pfingsten die Landesgeschäftsstelle der Republikaner in der baden-württembergischen Landeshauptstadt und mehrere Wohnungen im Land durchsucht. Gegen den inzwischen vom Bundesschiedsgericht der REP amtsenthobenen Landesvorsitzenden Christian Käs, Stuttgart, den früheren Landesschatzmeister Nikolaus Holzner aus Ulm sowie gegen das Ehepaar Veronika (Ex-Parteibuchprüferin) und Rüdiger (Ex-Landesvize) Helfer aus Au am Rhein läuft ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Betrugs und der Untreue zu Lasten des REP-Landesverbandes. Ausgangspunkt des Verfahrens ist eine Anzeige wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten im baden-württembergischen Landesverband vom Februar dieses Jahres (vgl. BNR 3/02).

■ **Stuttgart** – Die Zahl der rechtsextremen Straftaten in Baden-Württemberg ist im vergangenen Jahr leicht von 1470 auf 1449 zurückgegangen. Die Behörden werten das bereits als Erfolg der Aussteigerprogramme. Erstaunlicherweise ist trotzdem

die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten im Land weiter nach oben geklettert. Ende 1999 rechnete man zu diesem Kreis 670 Personen. Heute sind es mit 850 Personen fast 30 Prozent mehr. Die Zahl der REP-Mitglieder im Land ist dagegen nach der Pleite bei der Landtagswahl im Frühjahr 2001 auf 1500 zurückgegangen.

■ **Torgau** – Empört geben sich die Betreiber des Mailorder-Dienstes „Front Records“ um Thomas Persdorf im sächsischen Schildau, die von einer bundesweiten Razzia wegen Fortführung der Aktivitäten der verbotenen Skinhead-Organisation „Blood&Honour“ betroffen waren. In sieben Bundesländern wurden 43 Objekte durchsucht. Im Raum Torgau waren von der Aktion fünf Wohnungen betroffen, wobei Computer, Handys, Akten sowie knapp 900 einschlägige CDs beschlagnahmt wurden. Besonders entrüstet ist das Team von „Front Records“ darüber, dass auch die Führerscheine zunächst eingezogen wurden. Inzwischen funktioniert der Vertrieb wieder. Jüngstes Angebot: Die CD „Politischer Soldat“ der Band „Stahlgewitter“, die im Katalog mit den Worten „Schnell zugreifen bevor es andere tun“ kommentiert wird.

Ausland

■ **Belgien (Anderlecht)** – Besondere Aufmerksamkeit lässt der rechtsextreme Vlaams Blok dem neurechten französischen Ideologen Guillaume Faye zukommen. Am 1. Juni soll dieser in Anderlecht zum Thema seines jüngsten Buches „Die Kolonisierung Europas“ sprechen. Faye steht gegenwärtig wegen rassistischer Äußerungen in Frankreich unter Anklage. Hauptthema seiner jüngsten Veröffentlichung ist die Immigration nach Europa, besonders aus islamischen Ländern. Die Muslime seien eine Art fünfter Kolonne, eine kulturelle Überfremdung Europas und somit letztlich Kolonisierung des Subkontinents drohe dadurch. Neben Faye sprechen der Europaabgeordnete Frank Vanhecke, zugleich Vorsitzender des Vlaams Block, sowie Johann Demol, Abgeordneter der Partei im Regionalparlament von Brüssel. Die Veranstaltungsleitung hat Patrick Sessler, der nach Mitgliedschaft in mehreren anderen rechtsextremen Organisationen ebenfalls beim Vlaams Blok gelandet ist.

■ **USA (Huntsville/Alabama)** – Der in den USA lebende deutsche Justizflüchtling und Holocaust-Leugner Germar Rudolf hat in einer internen E-Mail vom 17. Mai (Adressaten waren unter ande-

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin
PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861
Heft 11-2002 Abo 401917

9

Antifaschistisches Pressearchiv und
Falkensteinstr. 46

10997 Berlin

rem Ahmed Rami, Ingrid Rimland, Carl Nordling, Christian Lindtner, Fred Toben) heftige Kritik an Mark Weber und Greg Raven, den Anführern des revisionistischen „Institute for historical Review“ (IHR) geübt. Deren Arbeitsweise wird von Rudolf als dilettantisch charakterisiert. Besonders erzürnt ist Rudolf darüber, dass das IHR einen „hunderts of millions“ schweren möglichen Sponsor vergault hat. Obwohl er Weber und Raven nicht den Krieg erklären will („this is not a declaration of war“), plaudert Rudolf munter über eine illegale Handlung, die Weber vor 30 Jahren als Student in der Bundesrepublik begangen haben soll.

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung:

Taha Kahya, Vertrieb
Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

SEB AG, BLZ: 100 101 11, Konto-Nr.: 192 110 790 0
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto

Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.